Nr. 71. 16. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3273) ohne Bringegeld viertelj. M. 3,60; durch die Kolportöre wöchentl. 30 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Dienstag, den 25. März 1902.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämmtlichen Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Seilerstr. 29, Hochprt. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde, bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hohelust, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbek, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Hettmannstr. 12, Barmbek. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbek bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbek, Wandsbek und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottensen. Flottbek, Othmarschen-Blankenese bei H. Braunschweig, Nienstedten

Hierzu eine Beilage.

Kapitalistische Anständigkeit.

Wenn im März der Frühling seine Wimpern aufschlägt, die ersten grünen Schossen sich schüchtern hervorwagen und schon ab und zu ein munter gaukelnder Zitronenfalter sichtbar wird und die Drossel auf hohen Gipfeln ihr Solo übt, pochen auch in den Menschenherzen frohe Regungen dem nahenden Lenz entgegen. In Kapitalistenherzen aber lösen diese Vorboten des Frühlings andere Empfindungen aus, und das Erste, woran sie denken, ist — mit terroristischen Maßregeln gegen die proletarische Maifeier vorzugehen.

Auf der Generalversammlung der Vorstände der Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustriellen wurde kürzlich beschlossen, den 1. Mai als Feiertag der Arbeiter nicht anzuerkennen und diesen Beschluß der einzuberufenden Generalversammlung der einzelnen Verbände zur Annahme zu unterbreiten. Die am 1. Mai feiernden Arbeiter seien zu entlassen und dürfen vor einer gewissen Frist nicht wieder eingestellt werden.

Nichts ist widerlicher, moralisch ekelhafter, als wenn ein Starker seine Uebermacht gegen einen Schwachen ausnützt, um ihn zu tyrannisiren. Jedes gesunde Empfinden empört sich über einen Soldatenschinder, der im Bewußtsein, daß der arme Rekrut nicht gegen ihn aufmucken darf, ihn seine übermüthige Rohheit fühlen läßt.

Schon allein etwas Anständigkeit, sollte man denken, müßte dem Unternehmerthum verbieten, solche Beschlüsse zu fassen. Seit einem Jahrdutzend ist der 1. Mai als Fest der Arbeit vom internationalen Proletariat eingesetzt und wird allenthalben als solches begangen. Niemals hat das Unternehmerthum, wenn es ihm beliebt, wegen irgend einer byzantinischen Veranstaltung die Arbeit ruhen zu lassen, sich darum bekümmert, ob das den Arbeitern, die ihren Tagesverdienst einbüßen, auch paßt. Ueber die Arbeiter aber verhängt es die Acht, wenn sie ihr Klassenfest, das sie in's Herz geschlossen haben, mitfeiern wollen!

Die Herren wissen überdies, daß ihr Ukas keineswegs die Wirkung hat, daß ihr Betrieb seinen ununterbrochenen Fortgang nimmt. Zahlreiche Arbeiter pfeifen darauf und lassen sich ebenso wenig abhalten, ihr Fest zu begehen, wie weiland die Juden von Antiochus Epiphanes und die Christen von römischen Cäsaren, ihren Sabbath resp. Sonntag zu feiern. Es giebt also nur Mißhelligkeiten, Reibereien und Konflikte und die sind gewiß nicht im Interesse ihrer Betriebe. Aber die Unternehmer-Autokratie, der kapitalistische Despotismus kann sich nun einmal nicht darein finden, daß die Arbeiter selbstständig, ohne bei der herrschenden Klasse gehorsamst zu petitioniren, ein Fest beschließen und feiern.

Sind wir aber nicht sonderbare Käuze, daß wir an die kapitalistische Anständigkeit gegenüber der Arbeiterklasse appelliren? Wäre diese nicht längst in der Profitwuth ersäuft, wie viel und vielerlei müßte vom Unternehmerthum freiwillig geschehen in Bezug auf Lohnhöhe, Arbeitszeit, Behandlung, Einrichtung u. s. w., ohne daß erst die Gesetzgebungsmaschinerie unter heißen Kämpfen und harten Widerständen in Bewegung gesetzt werden müßte.

Anständigkeit! — Kam uns neulich, anläßlich der in den ersten Monaten des Jahres stattfindenden Generalversammlungen der Aktionäre verschiedener Unternehmungen, der Ausschnitt einer konservativen Zeitung aus einer früheren Periode (wo die Konservativen noch um die Arbeiterstimmen warben) in die Hand, worin es hieß: „Das ganze Verhältniß der Arbeiter zur Fabrik ist ein Geldverhältniß, das härteste und herzloseste Band, das sich denken läßt. Wie der Arbeiter lebt, wo und wie er wohnt, wie es seiner Frau, seinen Kindern ergeht, was seine Gedanken, sein Gemüth bewegt, das Alles geht die Fabrik nichts an. Da ist die Generalversammlung der Aktionäre. Das einzige, was da und im Jahresbericht über die Arbeiter verlautet, ist allenfalls die Angabe ihrer Zahl und des Gesammtlohnes, den sie verschlungen und der am Reingewinn abgeht. Um diesen allein, den Profit, die Dividende, dreht sich die ganze Verhandlung. Nicht als Menschen kommen die Arbeiter in Frage, sondern als Produktionskosten, wie die Maschinen und die Kohlen u. s. w.“

Doch nein. Uns ist dieser Tage der Brief eines Aktionärs an seinen Bankier zu Gesicht gekommen, worin derselbe schreibt: „Ich ersuche Sie ganz besonders, nicht blos, wie es in Ihrem Werthen heißt, die Interessen der Aktionäre zu wahren, sondern auch und ebenso nachdrücklich, die Interessen sämmtlicher Arbeiter, Angestellten und Bediensteten, sowie diejenigen der Verkehrssicherheit. (Es handelte sich um ein Eisenbahnunternehmen.) Ich erwarte, daß die Arbeiter und Angestellten ausreichende Löhne und Besoldungen erhalten, wie es einer kulturgemäßen Lebenshaltung entspricht. Ich erwarte ferner, daß dieselben nicht durch übermäßige Arbeits- resp. Dienstzeit belastet werden und daß ihnen ihre politischen Rechte — Koalitionsrecht, Maifeier u. s. f. — in keiner Weise verkümmert werden. Ich erwarte, daß die Verwaltung nicht in der Absicht, Ueberschüsse resp. hohe Dividenden um jeden Preis zu erzielen, die Bezahlung der Arbeiter und Angestellten knapper bemißt, als es sich mit honetten und humanen Grundsätzen verträgt; desgleichen auch, daß sie nichts unterläßt, was zur ausreichenden Sicherheit der Passagiere wie des Personals erforderlich ist. Und ich lege Werth darauf, daß im künftigen Jahresbericht hierüber Aufschluß gegeben wird.“

Was sagen die Leser zu diesem Brief? Nicht wahr, es giebt doch noch sehr honette Kapitalisten. Leider aber macht eine Schwalbe keinen Sommer, namentlich wenn diese Schwalbe eine — sozialdemokratische ist, was wir hiermit wahrheitsgemäß konstatiren.

Wir wissen nicht, wie dieser Brief in jener Generalversammlung aufgenommen worden ist, vermuthlich mit Grinsen, Kichern oder Hohngelächter.

Der Kapitalist durchschnittlichen Schlages ist eine make-money-Maschine. Alle seine Kräfte werden von der Profitmacherei aufgesogen. Sie ist im Grunde eine Krankheit wie die Fettleber der genudelten Gans.

Von der Weltbühne.

In der Zolltariffrage scheint hinter den Koulissen eifrig geschachert zu werden, um eine „Verständigung“ zwischen der Regierung und den Agrariern zu erzielen. Besonders die „regierende Partei“, das Zentrum, hat dabei offenbar die Hände eifrig im Spiel. Die „Köln. Volksztg.“ deutete zunächst an, es seien „begründete Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß die Regierung und eine Mehrheit des Reichstages bezüglich der Minimalzölle weniger entfernt von einander sind, als dies in weiten Kreisen angenommen wird“.

Die Berliner „Germania“ erklärt nun ausdrücklich, das stimme mit ihren Informationen überein, und bemerkt weiter: „Es kommen dabei hauptsächlich die Minimalzölle für Weizen und Gerste in Betracht. Die Aussichten der Zolltarifvorlage sind daher nicht ganz so schlecht, wie sie vielfach geschildert werden. Auch ist das „Annehmbar“, wie wir wiederholt betont haben, nicht für jede Abweisung der Zolltarifvorlage aufrecht zu erhalten, zumal nicht bei den Sätzen des Generaltarifs. In Betreff der Getreidezölle ist eine Verständigung noch keineswegs ausgeschlossen, aber es ist unbedingt nothwendig, daß eine solche Verständigung unter der Reichstagsmehrheit und mit der Regierung möglichst bald erfolgt, um zu einer „geschlossenen Phalanx“ zu gelangen.“

Die bündlerische „Deutsche Tagesztg.“ ist von diesen Andeutungen überrascht, oder sie stellt sich wenigstens so. Sie entgegnet: „Bekanntlich besteht zwischen den im Entwurfe vorgeschlagenen und den von der Mehrheit der Kommission angenommenen Mindestsätzen für Weizen, Roggen und Hafer nur ein Unterschied von 50 ₰, größer ist der Unterschied bei der Gerste. Nun wurde schon vor geraumer Zeit die Möglichkeit erörtert, daß in diesem Punkte eine Verständigung zwischen der Mehrheit der Kommission und der Regierung gesucht und gefunden werde. Wir halten eine solche Verständigung für unmöglich, schon deshalb, weil die bayerischen Zentrumsabgeordneten entschlossen zu sein scheinen, in der Frage des Gerstenzolles nicht im Mindesten nachzugeben.“ Wenn den Andeutungen Positives zu Grunde liege, so könne es sich nur darum handeln, daß Verständigungsversuche zwischen gewissen Regierungsstellen und gewissen Zentrumsabgeordneten über die Köpfe der Konservativen und anderer Zentrumsabgeordneten hinweg stattgefunden haben. „Ob das der Fall gewesen sei, können wir natürlich nicht wissen. Das aber glauben wir zu wissen und bestimmt versichern zu können, daß die konservativen Mitglieder der Zolltarifkommission an solchen Besprechungen nicht betheiligt waren. Ueberraschen würde das ja nicht, da schon früher manchmal die Regierung über die Köpfe der Konservativen hinweg sich mit dem Zentrum verständigt hat. Sollte ein solches Vorgehen beliebt worden sein, so möchten wir sehr bezweifeln, ob es sachdienlich und zweckmäßig gewesen sei. Im Uebrigen brauchen wir wohl nicht zu wiederholen, daß nach unserer festen Ueberzeugung eine Verständigung unterhalb der Kompromißlinie ganz ausgeschlossen erscheint.“

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Zentrum in der Zolltariffrage am schlimmsten daran ist, da es zwischen Bauern und Arbeitern in der Zwickmühle sitzt. Darum will es eine „Verständigung“ auf jeden Fall, eine Verständigung, bei der es sich gleichzeitig nach beiden Seiten salviren kann, indem es den Bauern sagt, es sei nicht mehr herauszuschlagen gewesen, den Arbeitern gegenüber aber sich als Schutzengel gegen noch höhere Belastung aufspielen kann. Das ist eine Politik der Unaufrichtigkeit, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Das Zentrum betrügt beide Theile zugleich, indem es sich als Beider Retter präsentirt. Ob nicht die Betrogenen das edle Spiel durchschauen werden? Besonders von den katholischen Arbeitern sollte man das erwarten können, denn sie sind doch die am schwersten Betroffenen dabei; sie sollen zahlen, während die Zentrumsagrarier doch einen Vortheil davon haben, wenn auch nicht so hoch, wie sie ihn fordern.

Die Zolldiäten sind auch nicht nach dem Geschmacke des Zentrums. Das führende Organ der rheinischen Zentrumskreise, die „Köln. Volksztg.“, erfährt aus parlamentarischen, d. h. Zentrumskreisen, daß am 12. d. M. thatsächlich seitens des Bundesrathes ein Beschluß gefaßt worden war, nach welchem den Mitgliedern der Zolltarifkommission eine Pauschalsumme von M. 2400 für die außerordentliche Tagung gewährt werden sollte. Aber das Blatt meint weiter, daß die Regierung gut berathen war, indem sie die Zustimmung des Reichstages nicht einholte. „Nach unserem Dafürhalten würde sie sich eine Niederlage bereitet haben, da die Gegner der Zolltarifvorlage in ihrem Widerstand gegen Gewährung von Diäten an die Kommissionsmitglieder nicht allein stehen. Angesichts der unbestreitbaren Thatsache, daß der Bundesrath, wenn ihm aus der augenblicklichen Verlegenheit durch Bewilligung von Diäten an die Kommission geholfen ist, erst recht nicht dem Reichstagsbeschluß auf Bewilligung von Diäten im Allgemeinen willfahren wird, hat der Reichstag keine Veranlassung, besonderes Entgegenkommen zu zeigen. Warum soll der Reichstag Diäten bewilligen, wenn es der Regierung grade paßt, während der Bundesrath auf die mit ebenso viel oder mehr Gründen gestützte Forderung des Reichstages in dieser und in anderen Fragen sein kategorisches Nein entgegensetzt oder sich in Schweigen hüllt? Bei der derzeitigen Zusammensetzung der Zolltarifkommission gehören zwölf Mitglieder gleichzeitig dem preußischen Abgeordnetenhause an. Also Abgeordnete, die jährlich M. 2500 bis 3000 Diäten während der Reichstagssession beziehen, sollen auch für diese außerordentliche Tagung M. 2400 erhalten, und Denjenigen, welche nicht die Ehre haben, preußische Landtagsabgeordnete zu sein, also in erster Linie den Reichstagsabgeordneten aus Süddeutschland, wird dann zugemuthet, in diesem und im kommenden Jahre vielleicht sieben Monate hindurch den Reichstag „beschlußfähig“ zu erhalten. Unseres Erachtens sollte der Reichstag und sollte insbesondere die Zentrumsfraktion der Kommission nur für den Fall Diäten für die außerordentliche Arbeitszeit zugestehen, wenn Präsenzgelder im Allgemeinen bewilligt werden.“

Mit Recht betont auch das Zentrumsblatt, daß, da die Regierung allgemeine Diäten allem Anscheint nach nicht bewilligen wolle, die Linke ganz folgerichtig handle, wenn sie sich den besonderen Diäten an die Zolltarifkommission mit aller Entschiedenheit widersetze. „Sie muß Alles bekämpfen, was der Tarifvorlage förderlich sein kann. Ohne Zweifel kann sie das Zustandekommen der Vorlage hintertreiben; wer Obstruktion machen will, kann, wie die Dinge liegen, durch Niemand am Erfolge verhindert werden. Was aber dann? Die große Mehrheit des Reichstages würde der Regierung nur rathen können, Tagegelder für alle Abgeordneten zu gewähren. Die Meldung eines Blattes, das Zentrum habe einstimmig beschlossen, an der Diätenforderung für den ganzen Reichstag festzuhalten, ist zwar falsch, insofern damit gesagt werden soll, es habe beschlossen, mit der zu erwartenden Vorlage zugleich die allgemeine Diätenfrage zu lösen, aber an den früheren Reichstagsbeschlüssen hält das Zentrum natürlich fest, und wenn jetzt diese Beschlüsse verwirklicht werden können, so wird es gern dabei sein. Weigert sich die Regierung, so sitzt man, wenn die Linke ihre Drohung ausführt, fest. Dann kann die Kommission nicht den Sommer über tagen, das ist ganz klar, da ohne Entschädigung Niemand lange Monate in Berlin bleiben und arbeiten will.“

Die Situation ist heute in der That so, daß die Regierung, wenn sie überhaupt noch Werth auf die Durchberathung des Zolltarifs legt, in der Diätenfrage nachgeben muß. Man weiß ja freilich, wo der Hauptwiderstand zu suchen ist, und darum fällt das Nachgeben so schwer. Darum dürfte aber auch der Akkordlohn für die Zolltarifkommission scheitern, wenn die Regierung wirklich mit einer entsprechenden Vorlage kommt, was jedoch noch zweifelhaft ist, da sie sich offenbar von der Linken dafür nichts Gutes verspricht.

Ueber das Kartellwesen hat der preußische Handelsminister, wie schon früher erwähnt, neue Erhebungen angeordnet durch eine Rundfrage bei den Regierungspräsidenten. Der „Nationalztg.“ liegt nunmehr der Wortlaut des ministeriellen Schreibens vor. Es lautet:

„Bei der zunehmenden Bedeutung des Kartellwesens erscheint es erwünscht, über die Bildung und Entwicklung wirthschaftlicher Kartelle, sowie über deren Wirkungen thunlichst genau unterrichtet zu werden. Die Veranstaltung einer förmlichen Enquete über die einschlägigen Fragen empfiehlt sich zur Zeit aber nicht, weil dadurch unnöthiger Weise Beunruhigung in die betheiligten Kreise getragen werden würde. Aus dem gleichen Grunde erscheint es angezeigt, bei Sammlung des Materials von einer Befragung der Betheiligten zunächst abzusehen. Ich ersuche Sie daher, mir das amtliche, zu Ihrer Kenntniß gebrachte Material über Kartelle ohne Umfrage in den betheiligten wirthschaftlichen Kreisen mit thunlichster Beschleunigung einzureichen und dabei, so weit möglich, für jedes einzelne Kartell, welches im dortigen Bezirke seinen Sitz oder eine Geschäftsstelle hat oder ohne solche Einrichtungen seinen Einfluß im Bezirke geltend macht, die in der Anlage bezeichneten Fragen zu beantworten. Von Mittheilungen über das Kali-, Kohlen-, Kokes- und Roheisen-Syndikat kann vorläufig abgesehen werden.“

Dem Schreiben ist ein Fragebogen mit 25 Fragen angefügt. Der Minister wünscht Auskunft insbesondere über die Menge und den Werth der syndizirten Erzeugnisse, über die Gründe der Errichtung des Kartells, über seinen Zweck, die Organisation, über Vereinbarungen mit anderen inländischen oder ausländischen Kartellen, ob die Entstehung des Kartells zur Bildung anderer Kartelle Anlaß gegeben hat, z. B. von Kartellen der Rohstoffproduzenten oder der Abnehmer, ob das Kartell eine Vertheuerung der Produktion zu hindern vermocht hat, ob es eine Ueberproduktion verhindert hat. Ferner wünscht der Minister Auskunft über die Einwirkung des Kartells auf die Gestaltung der Marktpreise, über die Absatzverhältnisse der kartellirten Betriebe, ob eine Anpassung der Produktion an den Bedarf erzielt worden ist, über die Wirkung des Kartells auf die Konkurrenzfähigkeit der von ihm abhängigen Industrie, über das Verhältniß der im Inland verlangten Preise zu den Exportpreisen des Kartells, über die Gewährung von Exportprämien. Außerdem wünscht der Minister Auskunft, ob versucht worden ist, die Arbeiterschaft von gewissen Arbeiter-Organisationen (Gewerkschaften, politischen Parteien u. s. w.) fernzuhalten oder zum Austritt zu bestimmen, ob eine Aussperrung aus den kartellirten Betrieben versucht worden ist, und welche Erfahrungen hinsichtlich der Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in kartellirten Betrieben beschäftigten Personen bisher gemacht, welche Erfolge damit erzielt worden sind.

Eine Sozialistendebatte hatte in voriger Woche der badische Landtag. Dem „Vorwärts“ wird darüber aus Karlsruhe unter'm 21. März geschrieben:

Der gestrige letzte Tag der allgemeinen Berathung über das Budget des Ministeriums des Innern in der Zweiten Kammer gestaltete sich zu einer regelrechten Sozialistendebatte. Minister Schenkel hatte der Sozialdemokratie Störung und Untergrabung der „religiös-sittlichen Ordnung“ vorgeworfen und daraus den Schluß gezogen, daß Sozialdemokraten zu den staatlichen Selbstverwaltungskörpern, wie Bezirksräthen 2c., nicht zugelassen werden dürften. Nachdem ihm hierauf bereits von unserem Genossen Eichhorn gedient worden war, ließ Dreesbach dem Minister eine derbe Abfuhr zu Theil werden. Die Sittlichkeit, so meinte er, brauche nicht unter allen Umständen, wie Herr Schenkel glaube, mit der Religion verbunden sein; man könne sittlich sein, ohne einer Religionsgemeinschaft anzugehören, und ein Frömmler ohne Sittlichkeit. Zum Beweise für letzteres erinnere er nur an die Fälle Moosauer, Sanden und Terlinden. Den Sozialdemokraten sei es ernst mit dem Grundsatz: Religion ist Privatsache, in ihr gehe es Leute, die keiner Religionsgesellschaft angehören, und solche, die ihrer Religion nachgehen. Wenn man der Sozialdemokratie deshalb Mangel an Sittlichkeit vorwerfe, so weise er dies mit Entschiedenheit zurück. Die Spekulation des Ministers auf eine „Mauserung“ der Sozialdemokratie sei total verfehlt. Wir sind, was wir waren, und wir bleiben, was wir sind, revolutionäre Sozialisten, die allerdings nicht an den Barrikadenbau denken, sondern in den Köpfen der Menschen revolutionirend wirken. Der Eine ist etwas konzilianter, der Andere etwas stürmischer, im Grunde aber sind wir Alle einig. Gemausert hat sich nicht die Sozialdemokratie, sondern ein Theil der bürgerlichen Gesellschaft in seinen sozialen Anschauungen. Von unserem revolutionären Ziele lassen wir nicht ab und werden die Regierung so lange auf das Entschiedenste bekämpfen, als sie eine Klassenregierung ist, die sich den wichtigsten Forderungen der Arbeiterschaft beharrlich widersetzt.

Minister Schenkel sah sich darauf veranlaßt, seine Aeußerung über die Sittlichkeit der Sozialdemokratie einigermaßen einzuschränken, er habe nicht sagen wollen, daß die Sozialdemokraten unsittliche Menschen seien, sondern nur, daß die sozialistische Propaganda die religiös-sittlichen Anschauungen untergrabe, was deutlich aus Bebels Buch über die Frau hervorgehe. Hierin trat dem Minister Genosse Fendrich entgegen.

Ueber die Fabrikinspektoren-Berichte gab es am Freitag in der badischen Kammer eine lebhafte Debatte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Eichhorn empfahl den Ausbau der Fabrikinspektion unter Hinzuziehung von Arbeitern. Die Zahl der von der Fabrikinspektion vorgenommenen Revisionen in den Fabriken sei zu gering. Redner ersucht sodann die Regierung, die Berichte der Fabrikinspektion wieder in der alten Form herzustellen. Wünschenswerth sei, daß auch die Hausindustrie in die Revision der Fabrikinspektion einbezogen werde. Ministerialpräsident Schenkel wies darauf hin, daß die badische Fabrikinspektion ihre Berichterstattung neuerdings durch interessante Sonderberichte über einzelne soziale Verhältnisse erweitert habe. Wenn der Wunsch ausgesprochen werde, so sei er auch bereit, einmal einen Gesammtbericht über die bisherige Thätigkeit der Fabrikinspektion ausarbeiten zu lassen. Was die Revision betreffe, so sollte man hier nicht schablonisiren, sondern individualisiren. Der Beamtenapparat würde erweitert werden, wobei es allerdings nicht wünschenswerth sei, Arbeiter in solche Stellen zu berufen. Als Abg. Eichhorn die Thätigkeit des Vorsitzenden des Mannheimer Gewerbegerichts einer scharfen Kritik unterzog, bemerkte Minister Schenkel, daß die Kammer nicht der Disziplinarhof für richterliche Beamte sei, worauf Abg. Wacker ausführte, der Kammer stehe allerdings das Recht zu, die Thätigkeit auch eines richterlichen Beamten in diesem Hause zu besprechen und sich zum Anwalt der Beschwerden zu machen.

Die deutschen Verluste in China bei der Bekämpfung der chinesischen Wirren hat General von Gayl in einem Vortrag in der Militärischen Gesellschaft wie folgt angegeben: Die deutschen Truppen haben in 18 Gefechten gegen reguläre chinesische Truppen, in 15 Gefechten gegen Boxer gekämpft. Die Verluste betrugen für die Marine 68 Todte, 130 Verwundete, für die Landtruppen 60 Todte, 134 Verwundete; durch Krankheitsfälle verloren die Marine 82, die Landtruppen 252 Mann, darunter General von Schwarzhoff und Oberst York von Wartenburg. In Lazarethbehandlung befanden sich, zumeist an Ruhr und Typhus, 8850 Mann, 823 wurden als dienstunbrauchbar in die Heimath zurückgesandt. Die Zahl Derjenigen, die als Invaliden werden befunden werden, läßt sich noch nicht absehen.

Das ist eine — wahrscheinlich noch nicht einmal vollständige — Aufzählung der Opfer des Chinazuges. Die Vortheile dieses merkwürdigsten Abschnittes der Drauf- und Drunterpolitik sind in wenigen Worten aufgezählt. Das Reich hat gewonnen: erstens die astronomischen Instrumente von der Pekinger Stadtmauer, zweitens den einbalsamirte Kopf eines chinesischen Unteroffiziers, und drittens die — Hochachtung aller jener Personen, welche glaubten, seit den Zeiten Attilas (offiziell Etzel genannt) hätten sich die Kriegssitten im humanitären Sinne geändert.

Die Ausweisung polnischer Studenten von der Charlottenburger Hochschule ist wieder ein hervorragender Akt der preußischen Polenpolitik, die schon so viel dazu beigetragen hat, das Ansehen Deutschlands im Auslande zu diskreditiren. Selbstverständlich rühren sich zuerst die außerdeutschen Polen dagegen. Die neue Maßnahme hat den Anlaß zu folgender Interpellation

---

[104] (Nachdruck verboten.)

Berthold Meryan.

Roman von Cornelie Huygens.

Autorisirte Uebersetzung aus dem Holländischen.

(Schluß.)

Der Sommer war gekommen. Ganz genesen war Berthold von Wiesbaden zurückgekehrt und hatte seine Studien wieder aufgenommen. Als er Anna wiedersah, schien er nach allen seinen Leiden wie neugeboren. In den Wochen seiner Abwesenheit hatten sie regelmäßig miteinander korrespondirt, aber kein Wort in ihren Briefen hatte verrathen lassen, was in ihnen vorging. Wohl strahlte es unbewußt in jeder Zeile durch und offenbarte es sich bei ihm namentlich in dem Bedürfniß, ihr seine Eindrücke von der Umgebung, der Natur und von Allem, was ihn, der noch so wenig gereist war, in dieser Periode der gezwungenen Ruhe beseelte, mitzutheilen. Denn in der reicheren Seelenempfänglichkeit des kaum erst von einer tödtlichen Krankheit Genesenden vermochte er mit noch größerer Schärfe und Aufmerksamkeit den Pulsschlag des Lebens zu belauschen, welches ihm wieder neue Geheimnisse entschleierte.

Er begriff noch nicht, was er erst später begreifen konnte, daß es die so mächtig aufbrausende Quelle seines eigenen Geistes war, welche das, was er sah und fühlte, in Schönheit umsetzte . . . . ebenso wie die arme, unfruchtbare Menschenseele mit ihrem verdürrenden sterilen Athem das Größte und Herrlichste zu nichts reduzirt und die großen Lebensbewegungen ringsumher blos in der Wiederspiegelung der eigenen nichtigen Persönlichkeit erblickt.

Einige Zeit nach seiner Ankunft in Wiesbaden hatte er, ohne es irgendwie zu begründen, an Anna geschrieben, daß er Schritte gethan hätte, um sich von Carla scheiden zu lassen, daß die ihn fesselnden Ehebande zu seinem tiefen Schmerz jedoch niemals gelöst werden würden; daß auch sein Vater, dieses Mal seinen Entschluß billigend, alles Mögliche gethan, sogar bereit gewesen, einen Theil seines Vermögens abzutreten, jedoch Alles an ihrem Willen gescheitert wäre. Anna war darauf mehr todt als lebend nach Amsterdam gefahren, weil sie wirklich glaubte, Carlas Verhalten sei blos auf Reue und Liebe und auf das Verlangen, sich mit ihm zu versöhnen, zurückzuführen.

Aber nun sie diese Frau in dem wahren Licht gesehen hatte, nun sie wußte, Berthold ganz schuldlos lieben zu können, athmete sie wieder auf. Und bei dem Wiedersehen war sie es, die ihn umstimmte, die ihm jede Waffe, jedes Argument entwand, womit er sich selbst zu überzeugen suchte, daß ihre Zukunft hoffnungslos sei. Stark durch die Zustimmung ihrer Eltern, welche, nachdem sie ihr alle Konsequenzen ihres Entschlusses vorgehalten hatten, ihre Lebenswahl respektirten, sprach sie ihm Muth zu und suchte das Opfer, welches sie ihm bringen wollte, in seinen Augen zu verkleinern. Er selbst, dadurch hin- und hergeschleudert, machte sich das eine Mal Vorhaltungen, daß es seine Pflicht sei, seine ihn stets mehr beherrschende Neigung niederzukämpfen, übergab sich in anderen Augenblicken dagegen vollständig seinem neuen Glück. Denn ungekannt, ungeträumt und gänzlich neu war dieses Glück, nun er endlich die Liebe einer reinen Frau kennen lernte, endlich wußte, welchen Werth die innige Verehrung einer Frau für einen Mann besitzt, der man ruhig und ohne Furcht in die klaren Augen schauen kann—Augen ohne Schatten und Verborgenheiten, Augen, die nicht berauschten oder halb verrückt machten, sondern die ihn dankbar und ruhig und vertrauensvoll stimmten, weil nichts Geheimes darin zu erforschen war. Er konnte sich nun ohne Vorbehalt geben, wie ihm dies, in dem Maße wie seine frühere scheue und einseitige Natur sich verändert hatte, allmälig zum Bedürfniß geworden war. Und wenn er dann in einer plötzlichen Reaktion seiner Gedanken sein Glück und das Vergessen der Trennungsmauer, welche zwischen ihnen stand, sich vorwarf, wußte sie ihn wieder umzustimmen und seine Einwände zu entkräftigen.

„Ich kann und will das Opfer Deines Lebens nicht annehmen,“ sagte er einmal. „Wenn ich mein Schlußexamen gemacht habe, dann werde ich aus Deinem Horizont verschwinden und die letzten zwei Jahre meines Lebens als einen Traum betrachten, der zu schön war, als daß er hätte verwirklicht werden können. Die Gesellschaft ist dafür noch zu beschränkt, zu dumm-grausam. Sie würde Dich, armes, unschuldiges Kind, mit Koth bewerfen und sie . . . . . die sogenannte „anständige“ gesetzliche Frau in den Himmel erheben.“

„Es ist kein Opfer. Es ist mein eigenes Glück, das ich Schritt für Schritt vertheidigen und festhalten werde, selbst gegen Dich . . . . .“ antwortete sie. Und in einem Anflug ihrer alten Spottlust, welche sie hinsichtlich seiner Anschauungen über die Stellung der Frauen manchmal noch empfand, fügte sie hinzu: „Das ist wieder — bekenne es nur — die veraltete Ansicht, welche bei Dir noch überwiegt — die Ansicht der männlichen Verantwortlichkeit gegenüber der völligen moralischen Unzurechnungsfähigkeit der Frau! Der Mann, der allein handelnde Wille . . . . . die Frau, das passive unverantwortliche Kind! Aber ich fühle mich in meinem vierundzwanzigsten Jahre durchaus nicht wie ein Kind und auch nicht unzurechnungsfähig . . . . . Ich weiß, was ich thue und was ich gegen mich heraufbeschwöre . . . . . und wenn Du dies etwa für ein Opfer hältst, nun gut, ist es denn nicht herrlich, unsere Ehe mit einem Opfer einzuweihen? Selbst wenn Du gesetzlich frei wärest, würde dann auf unsere Verbindung wohl die heilige Sanktion ruhen wie jetzt? . . . . . Wenn Du mich verstoßen solltest, werde ich Dir durch die ganze Welt folgen. Du findest mich auf der Schwelle Deiner Wohnung, wenn Du sie verläßt, und Du findest mich dort wieder, wenn Du zurückkehrst . . . . . grade so lange, bis Du mich endlich zu Dir nimmst.“

Er schaute sie an, küßte mit ehrfurchtsvoller Achtung ihre Hände und dachte unwillkürlich an Robert und an ihr Gespräch in Wiesbaden. Der arme Robert, welcher glaubte, daß die natürlich entwickelte Frau keine echte Frau sein könnte! Der arme, arme Robert!

„Aber gegenüber Deinen Eltern bin ich doch verantwortlich!“ bemerkte er darauf.

„Schon wieder? . . . . Aber meine Eltern lassen mir ja vollständige Freiheit. Mama hält mir Tag für Tag Alles vor. Sie weist mich auf die Beispiele anderer Frauen hin, auf große, geniale Gestalten, die trotz all' ihrer Geisteskraft doch sehr darunter gelitten hätten, daß die unwissende grobsinnliche Masse, welche Alles auf ihr eigenes tiefes Niveau herabzieht, ihre Lebensansichten natürlich nicht begriff, ebenso wie sie das hoch-menschliche Liebesgefühl nicht begreift, welches die fein organisirten Geister jetzt auf der ganzen Welt durchzittert. Und nun bin ich anstatt genial nur ein armselig-gewöhnliches Menschenkind und laufe deshalb Gefahr, durch die gesellschaftliche Aechtung viel mehr zu leiden als sie. Aber nach meiner inneren Ueberzeugung handele ich gut, und können wir zusammen für unser Ideal viel mehr arbeiten, viel mehr Kraft bethätigen, als Jeder für sich, und . . . . . trotz meiner intellektuellen Schwäche fühle ich mich sittlich stolz — und in diesem Stolz unangreifbar.“ — —

So gingen einige Monate vorüber. Die Zeit der Examina näherte sich. Berthold arbeitete Tag und Nacht und, obgleich er beinahe daran verzweifelte, die Zeit, welche er durch die Krankheit versäumt, wieder einholen zu können, er kam glücklich durch.

„Nun liegt die Welt für uns offen! Nun bin ich Deine Braut!“ sagte Anna, ihm mit Freudenthränen entgegeneilend, als er diese frohe Nachricht überbrachte. Und zum ersten Male schloß er sie in seine Arme und küßte sie als seine Verlobte, als seine zukünftige Frau.

Nun endlich konnte Anna einem Plane näher treten, den sie in der letzten Zeit beständig hin und her erwogen hatte.

Ebenso wie Martalis konnte Berthold im Ausland sich nun eine Stelle als Techniker suchen. Dann wurde seinem Vater die Qual erspart, ihn in der Heimath als Leiter der Arbeiterbewegung auftreten zu sehen. Als er im vorhergehenden Winter mit Thornton eine große Arbeitseinstellung in Rotterdam geleitet hatte, war sein Vater, wie Baby erzählte, darüber in eine so heftige Aufregung gerathen, daß sein Gesundheitszustand dadurch längere Zeit ernstlich gestört worden war. Als seine Schwester ihm dies in Wiesbaden erzählte, hatte er es als einen Fingerzeig betrachtet. Daß sein Vater, eingerostet in seinen Dogmen, in seinem Alter noch den Geist einer jüngeren Generation in sich aufnehmen würde, hielt er selbst mehr und mehr für unmöglich. Er wußte wohl, daß sein Heimathsland ihn am meisten brauchte und daß dort noch in allen Schichten der Gesellschaft das heilige Feuer der Befreiung angefacht werden mußte. Auch fühlte er einen fast unwiderstehlichen Drang, in der Umgebung, in welcher er so viel gelernt und erfahren und das Vertrauen von so Vielen gewonnen hatte, seine Arbeit fortzusetzen; aber er entschloß sich dennoch, fortzugehen und dieses Opfer auf dem Altar seiner Elternliebe zu bringen.

Auch Anna wußte, wie entsetzlich schwer es ihr fallen würde, von ihren Eltern und von ihrem bisherigen Wirkungskreis sich zu trennen, aber ihre Mutter sprach ihr Muth zu; und sie selbst begriff vollkommen, daß unter den gegebenen Verhältnissen ihre Uebersiedelung nach dem Auslande nöthig sei. Im Stillen aber hegte sie noch einen Lieblingswunsch — einen Wunsch, dessen Verwirklichung — das wußte sie bestimmt — die letzten Bedenken des Geliebten in betreff ihrer Verbindung beseitigen würde.

Bevor noch ein bestimmter Entschluß gefaßt war, schrieb sie ohne Vorwissen von Berthold einen Brief an seinen Vater . . . . . einen Brief, in dem sie ihr ganzes Herz